

COVID-19 und die Folgen für die Integrationspolitik der Stadt

1. Statement des Wiener Integrationsrats*, 17.
Dezember 2021

ZUSAMMENFASSUNG

COVID-19 verschärft bereits bestehende ungleiche Zugänge zum Gesundheits- und Bildungssystem, im Arbeitsmarkt und beim Wohnen. Menschen mit Migrationshintergrund sind von diesen Entwicklungen der wachsenden sozialen Klüfte besonders stark betroffen. Die durch die Pandemie bedingte Arbeitslosigkeit ist bei Migrant*innen höher, Home-Schooling wirkt sich auf Kinder mit Migrationshintergrund besonders nachteilig aus und diskriminierende und rassistische Angriffe nehmen zu. Gleichzeitig hat die Pandemie die vielen, oft als systemerhaltend bezeichneten Leistungen der Migrant*innen deutlich und bewusstgemacht.

In Hinblick auf das Impfverhalten zeigen Studien keine signifikanten Auffälligkeiten zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Der Wiener Integrationsrat appelliert daher, jegliche **Ethnisierung oder Kulturalisierung der Impfdebatte** zu vermeiden.

Um die **wachsende Ungleichheit in vielen Lebensbereichen** zu **bremsen**, empfiehlt der Wiener Integrationsrat, in der städtischen Integrationspolitik einige neue Akzente zu setzen, ebenso wie bisherige Aktivitäten und Programme zu stärken und auszubauen. Dazu zählen der Aufbau und die Förderung von **Community-basierten Aktivitäten** in der unmittelbaren Nachbarschaft, die **Intensivierung der Elternarbeit** in den Schulen, die Einrichtung von **Gesundheitslots*innen**, ebenso wie ein konsequentes Angebot von **mehrsprachigen Informationen**, die Community-Kanäle erreichen. Diese Maßnahmen sollten über die Pandemie hinaus **zielgruppenorientiert** eingesetzt werden. Darüber hinaus sind weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erforderlich ebenso wie die konsequente Fortsetzung der **Antidiskriminierungspolitik**. Die Pandemie unterstreicht die Notwendigkeit, niederschwellig zugängliche **Einrichtungen im unmittelbaren Wohnumfeld** zu stärken, auszubauen und an den Bedürfnissen von Gruppen, die zunehmend aus der gesellschaftlichen Mitte verdrängt werden, auszurichten.

* R. Bauböck; M. Becirovic; K. Güngör; J. Kohlenberger; A. Mattes; Ch. Reinprecht; S. Rosenberger; H. Schrodte; M. Tamás; G. Valchars

EINLEITUNG

Die COVID-19 Pandemie wirft ein grelles Schlaglicht auf Probleme und Herausforderungen in der Integrationspolitik der Stadt Wien. In der Pandemie verschärften sich bereits zuvor bestehende Ungleichheiten beim Gesundheitszugang, am Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und beim Wohnen. Im Ballungsraum Wien betraf das neben arbeitssuchenden Menschen, Obdachlosen und armutsgefährdeten Haushalten insbesondere auch Wiener*innen mit Migrations- und Fluchthintergrund, wobei das Zusammenwirken von geografischer Herkunft (der eigenen oder jener der Eltern) mit schwächeren sozialen Positionen ausschlaggebend ist. Der Fokus unserer Ausführungen liegt deshalb auf dieser Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund in prekärer sozialer Lage und nicht auf der großen, sehr heterogenen Bevölkerung, deren Eltern außerhalb Österreichs geboren wurden, über die pauschal keine Aussagen getroffen werden können.

Generell hält der Wiener Integrationsrat fest, dass community-basierte Angebote, ob im Bereich (Gesundheits-)Kommunikation, Arbeitsmarkt, Bildung, Soziales oder Wohnen, weiter gefördert und ausgebaut werden sollen. Sie erwiesen sich in der Pandemie als besonders tragfähig, da sie Angebote, von Tests über Impfung bis hin zu Kontaktbesuchsdiensten oder Einbindung und Förderung der Elternarbeit in den Schulen, direkt dorthin tragen, wo sie gebraucht werden: in den jeweiligen Communities, Bezirken und Grätzeln Wiens. In Zeiten des Lockdowns bzw. weitreichender Ausgangsbeschränkungen litten viele Menschen unter der zunehmenden Einsamkeit. Es kam zu einem Abbau von Sozialkontakten, vor allem auch zwischen verschiedenen Milieus und Stadtteilen. Hier ist „Outreach“ durch proaktive Kontaktierungen und niederschwellige Angebote vor Ort wichtig, um die negativen Effekte der Pandemie auf Integration, gesellschaftlichen Austausch und Zusammenhalt abzufedern. Dieses Hinausgehen bzw. Aufeinanderzugehen findet sich bereits in zahlreichen Angeboten der Stadt Wien und sollte über die Coronakrise hinaus gestärkt werden.

1. GESUNDHEITZUSTAND, KOMMUNIKATION UND COVID-19 PRÄVENTION

Sozial und ökonomisch benachteiligte Menschen sind aufgrund ihrer Arbeits- und Lebenssituation häufiger von **chronischen Erkrankungen** betroffen¹, werden gleichzeitig aber von Gesundheitsförderungsangeboten weniger erreicht. Viele Studien zeigen, dass dies für Menschen mit Migrationshintergrund in ähnlichen Verhältnissen noch stärker zutrifft (Anzenberger et al., 2015). Erschwerend kommen sprachliche Hürden und geringere Kenntnisse des Gesundheitssystems bzw. von Angeboten der Gesundheitsförderung hinzu (Weigl & Gaiswinkler, 2016 und 2019). Ein wichtiger Aspekt kann die Gesundheitskompetenz sein, die in sozioökonomisch benachteiligten Gruppen allgemein weniger ausgeprägt ist (z.B. Weigl & Gaiswinkler, 2019). Daten aus anderen Ländern, darunter Portugal, Spanien, Kanada und skandinavischen Staaten, zeigen, dass Migrant*innen ein etwa doppelt so hohes COVID-19-Infektionsrisiko wie Menschen ohne Migrationshintergrund hatten, sowie ein höheres Risiko für einen schwereren Verlauf (OECD 2020) aufgrund von Vorerkrankungen.

Für Österreich liegen bislang nur unvollständige Daten vor. Die vielfach ungünstigen Arbeits- und Sozialverhältnisse in Kombination mit einem geringen Bildungskapital, nicht ausreichenden Deutschkenntnissen und vorwiegendem Konsum von Medien des Herkunftslandes erschweren den Zugang zu Informationen, die für die Pandemiebekämpfung wichtig sind. In einer Erhebung des Österreichischen Integrationsfonds unter Personen mit bosnisch-kroatisch-serbischem (BKS) Migrationshintergrund, sowie Personen aus Syrien und Afghanistan, und solchen ohne Migrationshintergrund (Perlot & Filzmaier, 2021) erwiesen sich Massenmedien (vor allem Fernsehen) und soziale Medien als die wichtigsten Informationsquellen. Für Zugewanderte – und speziell für jene aus Syrien und Afghanistan – sind jedoch Familie und Freund*innen in höherem Maß relevant für Informationsbeschaffung. Mögliche Informationslücken bzw. einseitige Information ausschließlich durch Medien aus Herkunftsländern können durch ein enges soziales Netz teilweise abgefedert werden. Zentral ist eine gezielte, auf den Alltag der Menschen ausgerichtete und sozial eingebettete Informationsvermittlung.

Neben sozialen Medien werden aber auch klassische Medien, allen voran der ORF und österreichische Tageszeitungen, von Menschen mit Migrationshintergrund konsumiert. Tatsächlich lässt sich eine teils hohe Quellenkompetenz feststellen (Kohlenberger et al. 2021). Während Qualitätsmedien zwar als seriöseste und vertrauenswürdigste Quellen für Informationen zu Coronavirus wahrgenommen werden, bilden fehlende sprachliche Kompetenzen oft eine unüberwindbare Barriere, um diese vollinhaltlich rezipieren zu können. Das gilt vor allem für neu angekommene Menschen wie Geflüchtete, deren Deutschkenntnisse noch geringer sind. Niederschwellige Informationen in den Muttersprachen sollten daher in die verschiedenen Social-Media-Kanäle

¹ Siehe auch aktuelle Ergebnisse der EU Statistiken über Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC.
<https://ec.europa.eu/eurostat/web/microdata/european-union-statistics-on-income-and-living-conditions>

zielgruppenspezifisch eingespeist werden. Die digitalen Möglichkeiten sollten um lebensweltnahe, analoge Kommunikations- und Informationsformen, wie beispielsweise über zivilgesellschaftliche Vereine, NGOs oder die Communities ergänzt werden.

Was den subjektiven Informationsstand betrifft, so fühlten sich Zuwanderer*innen aus der Türkei, aus Syrien und aus Afghanistan deutlich schlechter informiert als Menschen ohne Migrationshintergrund oder BKS-Zuwanderer*innen der ersten und zweiten Generation. Besonders schlecht informiert über die Pandemie und Schutzmöglichkeiten fühlen sich (geflüchtete) Menschen aus Afghanistan (Perlot & Filzmaier, 2021). Auch ältere Migrant*innen sind in dieser Hinsicht eine schwer erreichbare Gruppe (Kohlenberger et al. 2021). Sie sind bei der Suche nach Informationen, aber auch beim Anmelden zum Testen oder Impfen häufig auf die sprachliche, digitale und kulturelle Übersetzungsleistung ihrer Kinder oder Enkelkinder angewiesen. Dazu kommt, dass viele ältere Migrant*innen auch aufgrund früherer Erfahrungen befürchten, im Kontakt mit öffentlichen Stellen und Gesundheitseinrichtungen nicht ernst genommen oder schlechter behandelt zu werden (Reinprecht & Rossbacher 2016). So wichtig informelle Netze sind, um sich im Alltag orientieren zu können, muss es das Selbstverständnis der öffentlichen Gesundheitsversorgung sein, allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihren individuellen Kompetenzen, Zugang zu verständlichen und validen Informationen zu verschaffen.

Derzeit fehlen ausreichend repräsentative Daten, die eine deutlich geringere Impf- und Testbereitschaft unter Migrant*innen belegen würden. Vorhandene Forschungen wie das Corona-Panel der Universität Wien weisen auf einen nur schwachen Zusammenhang hin, der sich unter Kontrolle weiterer Faktoren (wie Einkommen und Alter) auflöst. Wir warnen deshalb davor, österreichische COVID-19-Probleme wie eine im internationalen Vergleich geringe Impfbereitschaft zu ethnisieren oder zu kulturalisieren. Dies widerspricht allen verfügbaren Daten und dem Stand der Forschung.

EMPFEHLUNGEN

Gesundheitslots*innen: Basierend auf langjährigen Forschungen (jüngst Kohlenberger et al. 2021) empfehlen wir deshalb die Ausbildung und den Einsatz von Gesundheitslots*innen, die Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund unterstützen und als erste Anlaufstelle dienen können. Diese Lots*innen haben in der Regel selbst Flucht- oder Migrationshintergrund mit mehrsprachiger Kompetenz und können somit vielfältige Übersetzungs-, Begleitungs- und Lots*innenfunktion übernehmen. Im Rahmen der Ausbildung können sie in der Anwendung von Screening-Instrumenten sowie der Navigation des Gesundheitssystems geschult werden. Sie können Menschen an relevante Stellen im Gesundheits-, Arbeits- oder Sozialsystem weiterverweisen und/oder zu Ärzt*innen und Anlaufstellen begleiten. Pilotprojekte dieser Form wurden im Zuge der Fluchtbewegung 2015 von der Deutschen Akademie der Wissenschaften angeregt (Leopoldina, 2016; Salman 2015). Ansätze mit positiven Erfahrungen existieren auch in Wien, etwa durch die Caritas und die Volkshilfe sowie das Projekt "CORE - Integration im Zentrum". Diese gilt es weiterzuführen bzw. auszubauen.

Communitybasierte Kommunikationskanäle ausbauen: In einem community-basierten Ansatz empfiehlt es sich zudem, migrantische Vereine als Vermittler für Gesundheitsinformation und Impfbereitschaft zu gewinnen. Mit den großen Dachverbänden und Vereinen könnte die Stadt Wien eine Info-Kampagne organisieren und in deren Räumlichkeiten zugleich (Booster-)Impfungen ermöglichen.

Ausbau des Kontaktbesuchsdiensts: Wir empfehlen besondere Maßnahmen für ältere Migrant*innen, die eine besonders schwer erreichbare Zielgruppe (sowie gleichzeitig eine Gruppe mit erhöhtem COVID-19-Risiko) sind und häufig auf die sprachliche, digitale und kulturelle Übersetzungsleistung ihrer Kinder und Enkelkinder angewiesen sind. Die aktuelle Situation ist eine gute Gelegenheit, bewährte Strukturen wie den Kontaktbesuchsdienst flächendeckend mehrsprachig sowie auch für (migrantische) Senior*innen, die jünger als 75 Jahre sind, auszuweiten.

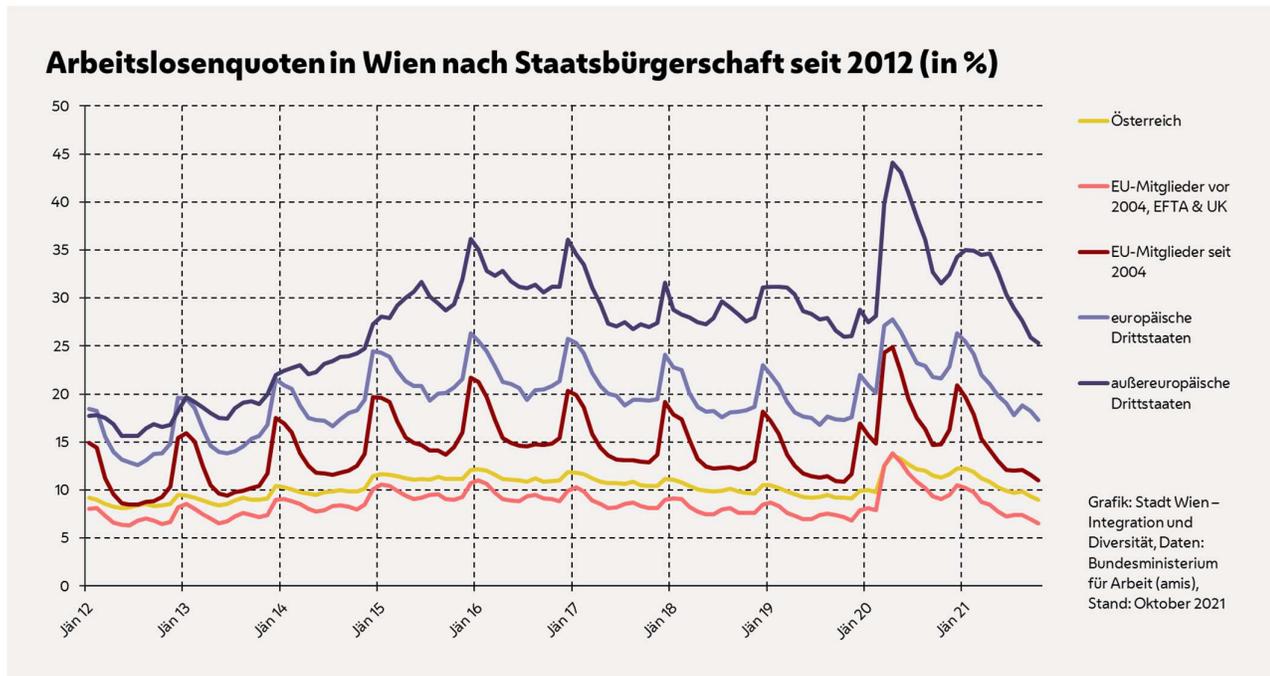
2. ARBEITSMARKT UND MOBILITÄTSBESCHRÄNKUNGEN

Die coronabedingte Arbeitslosigkeit trifft zugewanderte Beschäftigte stärker als inländische. Menschen mit Migrationshintergrund sind in Branchen wie Tourismus, Beherbergung und Gastronomie, die massiv von den Corona-Einschränkungen betroffen sind, überrepräsentiert. Die Pandemie traf in Österreich auf einen stark nach Herkunft (und Geschlecht) segregierten Arbeitsmarkt, wodurch ihre negativen Effekte bei der Erwerbs- und Arbeitslosenquote dieser Gruppe noch stärker zu Tage treten. Das trifft auf die vulnerabelsten Gruppen am Arbeitsmarkt – rezente Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte – ganz besonders zu.

In Österreich ließ sich ein etwa doppelt so hoher Rückgang der Erwerbsquote unter ausländischen Staatsbürger*innen beobachten wie unter österreichischen (EUROSTAT, 2020). Bei Menschen, die nicht in Österreich geboren sind, aber hier arbeiten, war der Rückgang im zweiten Quartal 2020 sogar fast dreimal so hoch wie bei im Inland Geborenen (OECD, 2020). Mögliche Gründe dafür sind branchenspezifische Arbeitslosigkeit und das bekannte Prinzip, dass Menschen mit kürzerer Betriebszugehörigkeit (wozu rezente Geflüchtete in der Regel zählen) bei schlechter Konjunktur als erstes abgebaut werden („last in, first out“). Dazu kommt aber wahrscheinlich auch eine Zunahme von Diskriminierung gegenüber ausländischen Arbeitskräften in wirtschaftlichen Schwächezeiten. Die Resultate zeigen sich in der Veränderung der Arbeitslosigkeit zwischen 2019 und 2020: Ausländische Arbeitskräfte mussten in Österreich 41 % des Anstiegs der Arbeitslosigkeit schultern (OECD, 2020).

Für Wien zeigt eine Auswertung der Arbeitslosenquote (ALQ) nach Staatsbürgerschaft, dass insbesondere Arbeitskräfte aus außereuropäischen Drittstaaten (vor allem geflüchtete Menschen aus Syrien, Afghanistan und Iran) massiv betroffen waren (Grafik 1). Der steilste Anstieg ließ sich zu Beginn der Coronakrise im zweiten und dritten Quartal 2020 mit einer ALQ von knapp 45 % beobachten. Auch Angehörige europäischer Drittstaaten (rund 28 % ALQ) und der neuen EU-Mitgliedstaaten nach der Osterweiterung (25 % ALQ) verzeichneten einen wesentlichen höheren Anstieg der Arbeitslosigkeit als österreichische Arbeitnehmer*innen. Die Höchststände der coronabedingten Arbeitslosenquote von Österreicher*innen und Staatsangehörigen der alten EU Staaten vor 2004 und der EFTA-Staaten unterscheiden sich jedoch kaum.

Grafik 1: Veränderung der Arbeitslosenquote nach Staatsbürgerschaft in Wien, 2008-2021.



Quelle: BALI 2021. Auswertung: Philipp Hammer (Stadt Wien – Integration und Diversität)

Doch nicht nur die COVID-19-bedingte Arbeitslosigkeit, auch der Wegfall sozialer Kontakte durch das Gebot des Social Distancing trifft neuangekommene Menschen besonders, weil ihr soziales Netz im Aufnahmeland meistens noch sehr schwach ist. Soziale Bindungen sowohl innerhalb der eigenen Community als auch zur Mehrheitsgesellschaft sind aber für die Arbeitssuche sowie für gesellschaftliche Teilhabe im weiteren Sinn von entscheidender Bedeutung. Berufliche Netzwerke können jedoch während der Pandemie nur unzureichend gepflegt und kaum neu aufgebaut werden – was neben Migrant*innen auch Berufseinsteiger*innen und junge Menschen besonders trifft.

Gleichzeitig verdeutlichte die Pandemie aber auch die starke Abhängigkeit des österreichischen Arbeitsmarkts von migrantischen Arbeitskräften. Migrant*innen arbeiteten häufiger in systemerhaltenden Berufen „an der Coronaf Front“ als einheimische Beschäftigte, beispielsweise als Lieferant*innen, im Gesundheitswesen oder in Supermärkten. In Österreich hat ungefähr ein Drittel der Arbeitnehmer*innen im nichtakademischen Gesundheitswesen Migrationshintergrund (Statistik Austria, 2020). Während der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der österreichischen Wohnbevölkerung bei etwa 17 % liegt, hatten zu Beginn der Coronakrise 33 % der Beschäftigten in der Nahrungsmittelherstellung, 30 % am Bau, und 22 % im Einzelhandel eine andere Staatsbürgerschaft als die österreichische (BMA, 2020).

Es gibt also einen asymmetrischen Effekt der Coronakrise am Arbeitsmarkt (OECD 2020). Sektoren, die in der Krise besonders gefordert waren und als „systemerhaltend“ definiert wurden, haben einen besonders hohen Anteil von Arbeitskräften mit Migrationshintergrund. Neben der akuten Personalknappheit im medizinischen und Pflegesektor waren es landwirtschaftliche Arbeiter*innen, deren COVID-19-bedingtes Einreiseverbot die heimische Produktion zu gefährden drohte. Durch die Pandemie bedingte Mobilitätsbeschränkungen bildeten somit eine erhebliche Hürde für die Versorgung und Betreuung der (Stadt-)Bevölkerung.

Auf die epidemiologisch notwendigen Beschränkungen der Reisefreiheit wurde anfangs nur unzureichend reagiert. Tatsächlich war im gesamten OECD-Raum im zweiten Quartal 2020 die Zahl der weltweit ausgestellten Visa und Aufenthaltsgenehmigungen um über 70 % eingebrochen (OECD 2020). Betrachtet man nur europäische OECD-Länder, so liegt der Rückgang immerhin noch bei 59 %. Erst nach und nach definierte man Ausnahmen für Einreise unter bestimmten Voraussetzungen. Zu diesen Ausnahmen zählten unter anderem Arbeitskräfte, die in systemrelevanten Berufen tätig waren, insbesondere in der Pflege und Landwirtschaft. Zahlreiche europäische Staaten lockerten durch COVID-19 bedingte Einreisebeschränkungen für ausländische Systemerhalter*innen; manche ermöglichten sogar eigene Charterflüge für Angehörige bestimmter dringend benötigter Berufsgruppen. Für Österreich wurden etwa Sonderflüge und -züge für Pflegekräfte und Erntehelfende organisiert und dadurch Reiseverbote gelockert.

EMPFEHLUNGEN

Mit Blick auf den hohen Anteil von Wiener*innen mit Migrationsbiographie empfiehlt der Wiener Integrationsrat deshalb, in **Zukunft die Mobilität jener Menschen sicherzustellen, die zu Arbeitszwecken oder zur Wahrung ihres Rechts auf Familienleben grenzüberschreitend reisen müssen** und auf deren Arbeitskraft die Stadt Wien angewiesen ist. Gleichzeitig müssen Sicherheit und Gesundheit sowohl der Reisenden als auch der Wiener Bevölkerung gewährleistet werden, etwa durch niederschwellige Test- und Impfangebote für grenzüberschreitend mobile Personen noch vor der Einreise.

Trotz der nach den jeweiligen Lockdowns beobachtbaren Erholung am Arbeitsmarkt gilt es sicherzustellen, dass die von der coronabedingten Arbeitslosigkeit besonders betroffenen migrantischen Gruppen möglichst rasch wieder Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Die Stadt Wien kann hier etwa durch die **Förderung sozialintegrativer Unternehmen positiv einwirken**. Auch zielgruppenspezifische Vermittlungsangebote sollten von der Stadt forciert werden.

3. SCHULE, BILDUNG UND JUGENDARBEIT

Dass Österreich eine Migrationsgesellschaft ist, wurde auch im Bereich der Bildung jahrzehntelang ignoriert. Das österreichische Schulsystem zeichnet sich unter vergleichbaren Staaten (OECD) durch ein besonders hohes Ausmaß an Bildungsungerechtigkeit aus. Besonders hoch ist die Benachteiligung, wenn ein Kind in eine ökonomisch schwache, bildungsferne Familie mit einer anderen

Erstsprache als Deutsch geboren wird. Diese Kinder können hierzulande in den meisten Fällen die Defizite, die sie in Kindergarten und Schule mitbringen, im Laufe ihrer Schullaufbahn nicht ausgleichen.

Die Ursachen sind bekannt: Die **Kindergartengruppen** sind im internationalen Vergleich zu groß, nach wie vor gibt es keine tertiäre Ausbildung für Kindergartenpädagog*innen. Defizite werden vom Kindergarten in die Schule mitgenommen, sehr oft ohne dort durch gezielte individuelle Förderung behoben zu werden. **Der Unterricht ist – strukturell – nicht auf Einzelförderung ausgerichtet.** Österreich zählt auch zu den Ländern mit dem geringsten Anteil an Unterstützungspersonal (Förderlehrkräfte, Zweitsprachenlehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, Krankenpfleger*innen u.a.). Darüber hinaus gibt es, international einzigartig, an den meisten Pflichtschulen kein administratives Personal. Die Digitalisierung hinkt nach. **Die enorm wichtigen Kooperationen mit Eltern, gerade aus migrantischen Familien** mit anderen Erstsprachen als Deutsch, sind im System nicht vorgesehen.

All diese Probleme kommen in Wien besonders zum Tragen, da die Stadt seit Jahrzehnten von Zuwanderung geprägt ist, das Schulsystem sich aber nach wie vor nicht auf die veränderte Ausgangssituation eingestellt hat. Seit dem Schuljahr 2018/19 gibt es die unter Wissenschaftler*innen sehr umstrittenen segregierten Deutschförderklassen.

Corona hat die verschiedenen Problemfelder im Bildungsbereich einer breiten Öffentlichkeit sichtbar gemacht und darüber hinaus die Bildungsungleichheit weiter verstärkt. Das geht aus den Studien von Mario Steiner u.a. (<https://inprogress.ihs.ac.at/wwtf/>) sowie aus der Studie von Christiane Spiel u.a. (<https://lernen-covid19.univie.ac.at/>) hervor. Kinder aus benachteiligten Familien waren in der Pandemie viel schwerer erreichbar und sind noch weiter zurückgefallen. Laut IHS-Studie war im ersten Lockdown in Wien fast ein Drittel der benachteiligten Schüler*innen (31,3 %) nicht erreichbar. Im zweiten Lockdown waren es noch immer 17,4 %. Zusätzliche Fördermittel stehen derzeit nur bis zum Ende des Wintersemesters 2020/21 zur Verfügung. Besonders betroffen sind die Kinder aus den so genannten Deutschförderklassen, die als einzige keine Prüfungserleichterungen erhalten haben. Die ursprünglich für diese Gruppe ins Leben gerufene Sommerschule konnte die Bildungsrückstände dieser Schüler*innen nicht ausgleichen. Das neue Budget sieht leider für den Bildungsbereich bescheidene 310 Millionen zusätzlicher Mittel vor. Davon sind allerdings 238 Millionen für PCR- und Antigentests budgetiert, die zwar für das Offenhalten der Schulen in der Pandemie wichtig waren, im Sinne des Bildungsauftrags aber keinen Mehrwert bringen.

EMPFEHLUNGEN

Der Wiener Integrationsrat empfiehlt daher, **Eltern gezielt mehrsprachig** über Lernangebote, die bereits jetzt kostenlos zur Verfügung stehen, zu **informieren**. Das community-basierte Projekt „Schule im Grätzel / Bildungsgrätzel“ könnte, wie auch der Kontaktbesuchsdienst, auf ganz Wien ausgedehnt werden. Dadurch wird dem Aspekt des Outreach Rechnung getragen und Angebote gelangen zielgruppengerecht dorthin, wo sie benötigt werden.

In den Kindergärten sollte in diesem Jahr der Fokus auf den Ausgleich von durch die Pandemie entstandenen Defiziten sowie auf die **gezielte Sprachförderung** gelegt werden. Die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden community-basierten Initiativen und Vereinen (wie zum Beispiel der Initiative „Mama lernt Deutsch“, Interface, dem Projekt „LesePatInnen“ und den Lerncafés der Caritas Wien u.a.) sollte ausgebaut werden.

Für **Kinder in Deutschförderklassen** müssen **zusätzliche Ressourcen** gezielt zum Einsatz kommen. Auch Lehramtsstudierende sollten in diesen Klassen zur Unterstützung herangezogen werden. Insgesamt muss in Wien in diesem Kindergarten- und Schuljahr, ebenso wie dem nächsten, der Fokus auf das Aufholen der Defizite gelegt werden. Dafür benötigt man nicht nur zusätzliche Ressourcen, sondern es müssen auch vorhandene Unterstützungssysteme genutzt werden.

Die schwere Erreichbarkeit ohnehin benachteiligter Kinder und Jugendlicher betrifft auch die offene Jugendarbeit. Hier gilt es zusätzliche, **„pandemietaugliche“ Angebote** zu **entwickeln** und diese seitens der Stadt auch entsprechend zu fördern.

4. WOHNEN

Viele Migrant*innen, vor allem Arbeiter*innen und andere Gruppen mit niedrigem Einkommen und einer Randstellung am Wohnungsmarkt wie Geflüchtete, wohnen schlechter und teurer als der Durchschnitt der Bevölkerung. Obwohl sich im Laufe der Jahrzehnte die Wohnsituation von Migrant*innen verbessert hat, sind beengte und insgesamt weniger gut ausgestattete Wohnverhältnisse nach wie vor an der Tagesordnung. **Laut dem [Wiener Integrationsmonitor \(2020\)](#) haben Migrant*innen aus Drittstaaten 35 Prozent weniger Wohnfläche** zur Verfügung als Wiener*innen ohne Migrationsbiographie. In überdurchschnittlich beengten Wohnverhältnissen leben Migrant*innen aus der Türkei. Zahlreiche internationale Studien dokumentieren, dass Überbelag sowohl das COVID-19-Erkrankungsrisiko als auch die quarantäne-bedingten (meist psychischen) Belastungen massiv erhöht (OECD, 2020). Besonders herausfordernd bei geringen Raumressourcen ist die Bewältigung der Anforderungen von Home-Office und Home-Schooling. Die Pandemie hat das Ausweichen in öffentliche Räume phasenweise sehr erschwert. Dies betrifft die Nutzung von städtischen Freiräumen ebenso wie Angebote der offenen Jugendarbeit oder offene Kinderbetreuungseinrichtungen.

Einen besonderen Stellenwert hat Wohnen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit. Vor allem unter Migrant*innen aus dem südosteuropäischen Raum und der Türkei richten sich Pflegeerwartungen vielfach an die eigene Familie, und zwar in der eigenen Wohnung oder bei den erwachsenen Kindern (Reinprecht & Roszbacher 2016). Beengte und schlecht ausgestattete Wohnungen bilden eine ungünstige Voraussetzung für eine gute Betreuung erkrankter oder pflegebedürftiger Familienmitglieder. Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig gerade auch in Haushalten mit Migrationshintergrund eine professionelle und aktiv angebotene Hilfe und Unterstützung für chronisch überlastete pflegende Angehörige ist.

Massiv erhöht hat die Pandemie auch das Risiko von Wohnen als Armutsfalle. Zeitlich befristete Maßnahmen wie Mietstundungen und die Aufschiebung von Räumungsexekutionen hatten im ersten Jahr der Pandemie zwar einen unmittelbar entlastenden Effekt. Mit zeitlicher Verzögerung wächst jedoch – aufgrund von Einkommensminderungen (etwa durch Kurzarbeit) und Arbeitsplatzverlust, von denen vor allem Drittstaatsangehörige überdurchschnittlich betroffen waren – die Gefahr, dass aus der Gesundheits- eine veritable Armutskrise wird.

EMPFEHLUNGEN

Um der Gefahr einer Anhäufung von Mietschulden und Stundungszinsen vorzubeugen, von der vor allem einkommensschwache Haushalte betroffen sind, wäre es wichtig, dafür Sorge zu tragen, dass es durch die Pandemie zu keinen existenziell bedrohlichen Spätfolgen kommt. Zu den Maßnahmen, die das Risiko eines Wohnungsverlusts minimieren, zählen Mietstundungen und ein Aussetzen von Räumungsklagen, aber auch niederschwellige Anlaufstellen. Dabei kann auf die Erfahrungen der sozialen Wohnungssicherung zurückgegriffen werden. Informations- und Hilfsangebote, bei denen vulnerable Haushalte aktiv aufgesucht und angesprochen werden, sollten als Mittel der Delogierungsprävention gestärkt und ausgebaut werden.

Die Stadt Wien verfügt über eine Reihe an bewährten, sozialräumlich sehr gut integrierten und niederschwellig zugänglichen Einrichtungen, die hervorragend geeignet sind, Menschen in ihrem Wohnumfeld zu erreichen und bei Problemen und Konflikten unterstützend einzugreifen. Gebietsbetreuungen, Wohnpartner (Wiener Wohnen) und Regionalstellen der Stadt Wien – Integration und Diversität bilden auch und besonders für Haushalte mit Migrationshintergrund wichtige Anker im Wohnumfeld. Sie verfügen über Ressourcen, die für die Bewältigung der Herausforderungen und Folgen der Pandemie wesentlich sind. Die Pandemie unterstreicht die Notwendigkeit, diese Einrichtungen zu stärken, auszubauen und an den Bedürfnissen der Zielgruppen auszurichten.

5. AUSGRENZUNG UND DISKRIMINIERUNG

Zahlreiche Studien belegen, dass die Pandemie gesellschaftliche Spaltungstendenzen befeuert hat. Für Integration, die per Definition gesellschaftliches Zusammenwachsen anstrebt, ist das eine problematische Entwicklung.

Verschiedene Minderheiten haben im Zuge der COVID-19 Pandemie verstärkt mit Ausgrenzungserfahrungen zu tun gehabt. Menschen, denen asiatische Herkunft zugeschrieben wird, waren vor Pandemiebeginn eine im Wiener Kontext wenig problematisierte Gruppe, die nun offenbar aufgrund des geographischen Ursprungs von COVID-19 vermehrt mit Anfeindungen konfrontiert ist, auch wenn dazu noch wenig empirische Forschung vorliegt ([WZ Online 2020](#)). Weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die bei Dokumentationsstellen im Zuge der Pandemie vermehrt wahrgenommen werden, sind Antisemitismus und Anti-Muslimischer Rassismus. Die Zahl aller berichteter Vorfälle bei der Beratungsstelle Zara ist 2020 gegenüber dem Vorjahr um 1.089 Meldungen gestiegen ([Zara 2021](#)).

Insbesondere Berichte über Vorfälle von Hass im Netz sind im Zuge der Pandemie deutlich angestiegen. Eine möglich Ursache dafür liegt in einer verstärkten Verlagerung des Lebens in virtuelle Räume als Folge von Ausgangsbeschränkungen ([Zara 2021](#)). Befunde zu Hass im Netz können nicht unmittelbar auf Wien oder Österreich bezogen werden, da Onlinerräume entgrenzt funktionieren. Eine Studie für den deutschen Sprachraum zeigt aber, dass unter extremistischen Gruppen, die in der Pandemie vor allem online vermehrten Zulauf erfahren haben, insbesondere rechtsextreme Akteure erfolgreich mobilisieren konnten. In deren Narrativen werden Geflüchtete und Muslim*innen für die Verbreitung der Krankheit und die einschränkenden Maßnahmen verantwortlich gemacht, ebenso finden sich in ihren Verschwörungstheorien antisemitische Ideen ([Guhl/Gerstner 2020](#)).

Wissenschaftliche Befunde entkräften zahlreiche Vorurteile, die Migrant*innen in Verbindung mit COVID-19 entgegengebracht werden. Beobachtungen, wonach diese vermehrt intensivmedizinischer Behandlung bedürfen, können durch die beiden Faktoren des sozioökonomischen Hintergrundes und der vermehrten Beschäftigung in körpernahen Dienstleistungsberufen, nicht zuletzt auch im Gesundheitssektor, besser erklärt werden als durch den Migrationshintergrund ([Lewicki 2021](#)). Die Behauptung, dass unter Migrant*innen besonders hohe Impfskepsis herrsche, belegen empirische Studien ebenso wenig. Laut dem COVID-Panel der Universität Wien ist der Migrationshintergrund eine für die Impfbereitschaft kaum entscheidende Variable ([Partheymüller et al. 2021](#)).

Obwohl zahlreiche Vorurteile in wissenschaftlichen Arbeiten entkräftet werden, werden diese von unterschiedlichen Gruppen weiter geschürt. Dazu zählen einerseits etwa die genannten rechtsextremen Gruppen, die Verschwörungstheorien abseits jeder Faktenlage verbreiten. Andererseits gibt es auch innerhalb des demokratischen Parteienspektrums in Österreich immer wieder politische Akteur*innen, die Vorurteile gegen Migrant*innen in Verbindung mit COVID-19 befeuern ([SOS-Mitmensch 2021](#)). Ebenso ist dies immer wieder in der medialen Berichterstattung der Fall. Dieses Schüren von Vorurteilen von verschiedenen Seiten ist wohl auch in Verbindung mit steigenden Fallzahlen rassistischer Übergriffe zu sehen.

EMPFEHLUNGEN

Derartige Entwicklungen sind in zahlreichen Staaten und Städten dokumentiert und keine Wiener Besonderheit. Die Stadt als Kontaktzone ([Pratt 1991](#)) bietet im Gegenteil bessere Voraussetzungen, um Maßnahmen gegen solche Entwicklungen zu setzen. Wir empfehlen daher eine konsequente Fortsetzung der Antidiskriminierungspolitik der Stadt sowie den bedarfsorientierten Ausbau bestehender Anlauf- und Meldestellen. Mittels Informations- und Aufklärungskampagnen kann zu einer Sensibilisierung der Stadtbevölkerung beigetragen werden. Für alle in Wien lebenden Menschen muss deutlich sein, dass Diskriminierung, Hassrede (on- wie offline) und (antimuslimischer) Rassismus keine Kavaliersdelikte sind und das friedliche Zusammenleben und den Wohlstand der Stadt gefährden.

REFERENZEN**

- Anzenberger, J., Bodenwinkler, A., & Breyer, E. (2015) *Migration und Gesundheit. Literaturbericht zur Situation in Österreich. Im Auftrag der Arbeiterkammer Wien und des Bundesministeriums für Gesundheit*. Wien: Gesundheit Österreich GmbH.
- BMA (Bundesministerium für Arbeit) (2020). *BALI. Beschäftigung-Arbeitsmarkt-Leistungsbeziehungen-Informationen*. <http://www.arbeitsmarktpolitik.at /bali/>
- EUROSTAT (2020) Employment and Unemployment Database, Labour Force Survey (LFS). <https://ec.europa.eu/eurostat/web/lfs/data/database>
- Fernández-Reino, M., & McNeil, R. (2020). *Migrants' labour market profile and the health and economic impacts of the COVID-19 pandemic*. Oxford: Migration Observatory report, COMPAS, University of Oxford. Retrieved from <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/wp-content/uploads/2020/07/Report-Migrants%E2%80%99-labour-market-profile-and-the-health-and-economic-impacts-of-the-COVID-19-pandemic.pdf>
- Dempster, H., Ginn, T., Graham, J., Guerrero Ble, M., Jayasinghe, D., & Shorey, B. (2020) Locked Down and Left Behind: The Impact of COVID-19 on Refugees' Economic Inclusion. *Policy Paper 179*. Washington, DC: Center for Global Development and Refugees International.
- Perlot, F., & Filzmaier, P. (2021) *Mediennutzung in der Corona-Pandemie. Informationsverhalten von Personen mit Migrationshintergrund zum Thema Corona*. Wien: Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF).
- Kohlenberger, J., Weigl, M., Gaiswinkler, S., Buber-Ennser, I., Rengs, B. (2021). COVID-19 und Migrationshintergrund: Erreichbarkeit, Umgang mit Maßnahmen und sozioökonomische Herausforderungen von Migrant/inn/en und Geflüchteten. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.
- Leopoldina (2018). *Traumatisierte Flüchtlinge – schnelle Hilfe ist jetzt nötig*. Halle (Saale).
- OECD. (2020) *What is the impact of the COVID-19 pandemic on immigrants and their children? OECD Policy Responses to Coronavirus (COVID-19)*. Paris: OECD Publishing.
- Reinprecht, C., Rossbacher, E. (2016), Einfluss der Migration auf Leistungserbringung und Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen in Wien. *Sozialpolitische Schriften 9*. Wien: Magistratsabteilung 24.
- Salman, R. (2015) Gesundheit mit Migranten für Migranten – die MiMi Präventionstechnologie als interkulturelles Health-Literacy-Programm. *Public Health Forum 23*, 109–112. doi: 10.1515/pubhef-2015-0040.
- Statistik Austria (2020b) *Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2020*. Wien: Statistik Austria.
- Weigl, M., & Gaiswinkler, S. (2016) *Handlungsmodule für Gesundheitsförderungsmaßnahmen für/mit Migrantinnen und Migranten. Methoden- und Erfahrungssammlung*. Wien: Gesundheit Österreich GmbH.
- Weigl, M., & Gaiswinkler, S. (2019) *Blickwechsel - Migration und psychische Gesundheit*. Wien: Gesundheit Österreich GmbH.
- Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor (2020). <https://www.wien.gv.at/menschen/integration/daten-fakten/monitoring.html>.

** restliche Referenzen sind direkt im Text verlinkt.